

Jetzt bläst Habeck auch grüner Gegenwind ins Gesicht

Stand: 24.05.2023 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Claus Christian Malzahn, Thorsten Jungholt**



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)

Quelle: AFP/TOBIAS SCHWARZ; Montage: Infografik WELT

Widerstand gegen Habecks Pläne zum Heizungstausch kommt nun auch aus den eigenen Reihen: Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann warnt den Wirtschaftsminister vor übereilten Schritten. Das Zerwürfnis mit der FDP in der Ampel bringt die Koalition an den Rand einer Regierungskrise.

In der Bundesregierung geht es derzeit nur rhetorisch zur Sache. Beim umstrittenen Gebäudeenergiegesetz (GEG) aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) tritt man dagegen auf der Stelle – und sich gegenseitig kräftig auf die Füße.

Nachdem die FDP es in den Gesprächen über die Tagesordnung des Bundestags abgelehnt hatte, den Gesetzentwurf am Freitag auf die Tagesordnung zu setzen, hatte Vizekanzler Habeck bereits erbst von „Wortbruch“ gesprochen ([/politik/deutschland/article245487864/Heizungsgesetz-Ampel-Fraktionen-verschieben-Bundestags-Debatte-Habeck-sieht-Wortbruch.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article245487864/Heizungsgesetz-Ampel-Fraktionen-verschieben-Bundestags-Debatte-Habeck-sieht-Wortbruch.html)).

Die Behandlung des Gesetzes diese Woche im Parlament sei zuvor von den Ampel-Partnern im Koalitionsausschuss schließlich vereinbart worden. Habeck war wütend. Am Mittwochmorgen

legte die parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der Grünen, Irene Mihalic, kräftig nach.

Es sei „verantwortungslos“ von der FDP, das parlamentarische Verfahren zu blockieren, sagte Mihalic. Die Liberalen verhielten sich „wie eine Opposition mit Ministerämtern“ und halte sich nicht an Absprachen. Damit werde die „Handlungsfähigkeit der Regierung“ beschädigt. Verlässlichkeit sei aktuell bei der FDP nicht gegeben.

Dem Eindruck, die Ampel stecke mitten in einer Regierungskrise, widersprach Mihalic zwar. Die Koalition sei handlungsfähig. Eine Regierungskrise drohe aber, sollten die Liberalen weiter so agieren. Die Co-Fraktionschefin der Grünen, Katharina Dröge, warf den Liberalen „Arbeitsverweigerung“ vor.

Auch die Sozialdemokraten sind über das Veto der FDP nicht glücklich. „Das bedauere ich, und das nervt mich auch“, hatte Fraktionschef Rolf Mützenich bereits am Dienstag im ARD-„Morgenmagazin“ erklärt. Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Katja Mast, sagte am Mittwoch im Deutschlandfunk, die Bundesregierung habe geliefert, jetzt sei das Parlament dran. Bis zur parlamentarischen Sommerpause bleibe genug Zeit, um offene Punkte wie etwa eine sozial ausgewogene Förderung oder die Gleichbehandlung von Alt- und Neubau zu klären.

Doch die FDP steht nach wie vor mit beiden Füßen auf der Bremse. Mit einer Behandlung des Gesetzes am Freitag ist nicht mehr zu rechnen. Die Frage ist nun, ob das Gesetz bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause am 7. Juli noch auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Darauf dringen vor allem die Grünen, die nach den für sie deprimierenden vergangenen Wochen endlich einen Haken unter das leidige Thema setzen wollen. Strittige Fragen, argumentiert Mihalic, könnten schließlich im parlamentarischen Verfahren geklärt werden. Sie sei trotz aller Streitigkeiten zuversichtlich, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet werde.

Doch das ist alles andere als sicher. Die gegenseitigen Unfreundlichkeiten schaukeln sich gerade hoch. Dass die Grünen jetzt von „Wortbruch“ reden und ankündigen, wegen der FDP-Blockade beim Heizungsgesetz nun ihrerseits beim Planungsbeschleunigungsgesetz bremsen zu wollen, wertet die FDP-Fraktionsspitze als „Sandkastenspielerien“. Die Grünen schadenen ihren Anliegen selbst, wenn sie bereits geeinte Gesetze nun verzögerten.

Das GEG sei eben nicht geeint, betonen die Liberalen. Fraktionschef Christian Dürr sagte, das Gesetz müsse gut und richtig gemacht werden. Es sei aber „offensichtlich nicht ganz fertig“. In seiner Fraktion gebe es dafür jedenfalls keine Mehrheit, selbst wenn die Fraktionsführung dafür

werbe. Die Koalition dürfe die Menschen „nicht in eine Kostenfalle laufen lassen“, so Dürr. Das Gesetz müsse praktikabel für die privaten Haushalte sein, wirtschaftlich und umsetzbar für die Versorger. „Die Heizung muss zum Haus passen und nicht umgekehrt.“

Noch im Laufe der Woche soll es nun weitere Gespräche innerhalb der Koalition geben. In Kreisen der Ampel hieß es, die Fraktions-Vize Matthias Miersch (SPD), Julia Verlinden (Grüne) und Lucas Köhler (FDP) sollten hinter den Kulissen beraten.

„Beim Klimaschutz verheddert“

Doch der Widerstand der FDP ist nicht das einzige Problem, mit dem die Grünen sich befassen müssen. In der FDP-Fraktion verweist man genüsslich auf Äußerungen des von den Grünen ansonsten sehr geschätzten Klimaökonomen Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. „Die Ampel hat sich beim Klimaschutz verheddert“, hatte Edenhofer Anfang der Woche der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (<https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/heizungsgesetz-klimaforscher-wirft-habeck-grosses-versaemnis-vor-44759815>) gesagt. Seine Empfehlung an die Ampel wäre es, „kurz durchzuatmen, einen Schritt zurückzutreten und einen neuen Anlauf für die Heizungswende zu nehmen“.

Noch schwerer dürften Bedenken wiegen, die inzwischen aus den eigenen Reihen vorgetragen werden. Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zweifelt am Zeitplan für die Heizungspläne der Bundesregierung.

Er würde Bundesminister Habeck und dessen Haus empfehlen, noch einmal genau zu klären, ob das Gesetz in dieser Zeit auch wirklich umsetzbar sei, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. „Das muss man noch mal sorgfältig prüfen, denn man kann von niemandem etwas verlangen, was er nicht kann.“ Als „große Problemzone“ in dem Gesetz nannte Kretschmann die kommunale Wärmeplanung. Der Grüne warnte davor, etwas in Gang zu setzen, „dass sich später als nicht gut oder schwer praktikabel erweist“.

Große Zweifel am Zeitplan hegt auch Kretschmanns Kollege Dietmar Woidke (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg. Er hält das geplante Heizungsgesetz teils für verfehlt und dringt sogar auf eine Verschiebung um drei Jahre. Das Gesetz sei bisher „ein Entwurf vom grünen Tisch mit zu wenig Bezug zur Lebenswirklichkeit“, so Woidke. Die Folgen beträfen viele Menschen gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands. Zu viele Punkte seien ungeklärt: „Der 1. Januar 2024 ist nicht zu halten.“

Bei dem Gezerre um die zeitliche Einbringung des Gesetzes in den Bundestag geht es freilich nicht

nur um fachliche Details. Auch die politische Großwetterlage dürfte eine Rolle spielen. Am 8. Oktober stehen in Bayern und Hessen Landtagswahlen an. Sollte sich der Streit um das GEG in den Herbst ziehen, hätten die Grünen ein großes Problem. Sie wären weiter in der Defensive; die Länder-Grünen müssten ein Bundesgesetz verteidigen, das ihnen wohlmöglich selbst nicht geheuer ist.

Der FDP aber dürfte es dagegen ganz recht sein, das leidige Thema am Kochen zu halten. Die Abgrenzung vom grünen Koalitionspartner scheint ihnen zu nützen. Den Vorwurf, taktisch zu agieren, geben die Liberalen indes gerne zurück. Das Drängen von Grünen und Teilen der SPD sei selbst taktisch vorgeschoben, damit das Thema vom Tisch geräumt werde. Das sei aber kein tragfähiges Motiv. Das Ziel sei Klimaneutralität im Jahre 2045, das GEG solle Anfang 2024 in Kraft treten. Es gebe mithin keinen rationalen Grund, nun hektisch bis zur Sommerpause fertig zu werden. Ein Beschluss im Oktober reiche auch.

Das Hickhack setzte sich am Mittwochnachmittag im Bundestag fort. „Beenden Sie dieses Schauspiel, ziehen Sie das Gesetz zurück!“, rief der stellvertretende Unions-Fraktionschef Jens Spahn (CDU) den Ampel-Politikern zu. Der Zustand der Bundesregierung sei eine „Standortgefahr für Deutschland“, es herrsche „Selbstbeschäftigung, Chaos, Blockade“.

Der Sozialdemokrat Miersch warf der Union eine „üble, populistische Kampagne“ vor, auf den Kleinkrieg in der Koalition ging er nicht weiter ein. Das konnte sich Andreas Audretsch von den Grünen nicht verkneifen. „Eine Vereinbarung in der Politik sollte etwas wert sein“, sagte er in Richtung FDP. „Lassen Sie uns diese Blockade auflösen“, appellierte er.

Lukas Köhler (FDP) machte ihm nicht viele Hoffnungen. Wichtiger als ein schnelles Gesetz sei, ein gutes Gesetz zu machen. „Am Ende des Tages werden wir ein gutes Gesetz beschließen“, versprach er.

Es könnte ein Tag im Herbst werden.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/245516274>